



SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

An die Mitglieder der
SPD-Bundestagsfraktion

per Mail

Berlin, 28. Oktober 2009

Koalitionsvertrag – ein Europa des Marktes, der Floskeln und der Leerstellen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Genossinnen und Genossen,

der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag erfüllt auch im Europa-Kapitel voll und ganz die Erwartungen: Schwarz-Gelb zeichnet ein **konservativ-marktliberales Bild der Europapolitik**. Wo die SPD im Koalitionsvertrag von 2005 die soziale Dimension fest verankern konnte, klafft heute eine schwarz-gelbes Lücke.

Das Europa-Kapitel ist geprägt von den Themen **Bürokratieabbau, Stärkung der Marktkräfte** sowie von einem konservativen Geist, der sowohl bezüglich der Reform der Gemeinschaftsfinanzen als auch in der der Erweiterungspolitik keine Fortschritte in Aussicht stellt. Der europaskeptische Geist des Lissabon-Urteils findet sich mit dem Verweis auf den Grundsatz der beschränkten Einzelermächtigung und dem Pochen auf Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit im Koalitionsvertrag bestätigt. Im Zweifel ist man eher gegen, als für mehr Europa.

Das gilt insbesondere für das Soziale Europa. Mit dem Verweis auf die **nationalstaatliche Zuständigkeit für die Sozialpolitik** offenbart die Koalition ihr eingeschränktes Verständnis des Sozialen und leugnet die Bedeutung der EU in zahlreichen Fragen der sozialen Regelung, von Arbeitnehmerrechten über Diskriminierungsschutz bis hin zur Arbeitsmarktpolitik. Als Begründung schieben die schwarz-gelben Koalitionäre den Schutz der „hohen deutschen Standards“ vor, den Blick über den Tellerrand wagt diese Koalition also nicht. Soviel zur europäischen Gesinnung.

Beinahe skandalträchtig ist der augenscheinliche **Bruch mit der bisherigen Erweiterungspolitik der Bundesrepublik Deutschlands**. Die EU-Erweiterungspolitik nimmt die Koalition als Gefahr wahr, statt die enormen Chancen zu erkennen, die sie für die politische und wirtschaftliche Stabilisierung in unserer Nachbarschaft bietet. Diese sind aber mit der bisherigen



„Erfolgsgeschichte der EU-Erweiterung“ bewiesen. Wichtig ist es den Koalitionären dagegen, mehrmals die bereits gültigen Kriterien für den Beitritt, darunter auch die Aufnahmefähigkeit der EU, zu unterstreichen. Beim Thema Türkei scheinen sie nun bewusst keine Angriffsfläche bieten zu wollen, weshalb der Text des Koalitionsvertrages von 2005 nahezu 1:1 übernommen wurde, bis auf die Unterstützung der Reformanstrengungen der Türkei, die in dem neuen Vertrag fehlt. Zu Kroatien oder den anderen Staaten des westlichen Balkans findet sich in dem Koalitionsvertrag kein einziges Wort. Dabei wird Kroatien höchstwahrscheinlich innerhalb der nächsten Jahre der EU beitreten können und dürfen.

Auch in den Bereichen, wo die Koalition europäisch handeln will – etwa im Bereich der **Bankenaufsicht oder beim Bürokratieabbau** – wird die Koalition ihrem Image gerecht. Bei der Bankenaufsicht will sie möglichst wenig, beim Bürokratieabbau möglichst viel tun. Hauptsache weniger Staat. So enthält der Koalitionsvertrag weder konkrete Aussagen zu der Höhe einer sinnvollen Eigenkapitalquote bei Banken noch zu wirksamen Mitteln im Kampf gegen Steueroasen und den notwendigen Transparenzregeln. Für den Bürokratieabbau schlägt die Koalition hingegen sogar die Einsetzung eines unabhängigen Rates für Bürokratieabbau bei der EU-Kommission nach dem Vorbild des Normenkontrollrats vor, dessen Nutzen bis heute umstritten bleibt.

Das gilt aber nur soweit, wie die eigene Klientel bedient werden muss. So etwa beim Thema EU-Finzen: Trotz eines Lippenbekenntnisses zur Neustrukturierung des EU-Haushaltes hält die Koalition sowohl bei der Finanzierung als auch bei den wichtigen Ausgabenbereichen Agrar- und Strukturpolitik an den alten Strukturen fest. Dabei wird die Festlegung der Koalitionsparteien auf einen Beitrag der EU-Mitgliedstaaten zum Gemeinschaftshaushalt von einem Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) der Komplexität der Herausforderungen nicht gerecht. Die Debatte über die zukünftige Gestalt des Haushalts der EU kommt ohne eine ehrliche Diskussion über die Aufgaben der EU nicht aus. Die Koalition fordert die **Beschränkung der Ausgaben und zugleich mehr Engagement**. Diese Rechnung kann nicht aufgehen. Auch für die EU gilt: Die Mittel müssen den Aufgaben entsprechen.

Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag und das darin enthaltene Europaverständnis bietet uns Raum für Kritik und konstruktive Gegenentwürfe. Wir freuen uns darauf, diese Aufgabe mit Euch gemeinsam in Angriff zu nehmen.

Angelica Schwall-Düren

Axel Schäfer

Anlage
Europapolitische Aussagen des Koalitionsvertrags